

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 12.— Mk., vierteljährlich 36.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Abgabepreis: Die 8-spaltige Zeile 4.— Mk. von auswärts 5.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 12.— Mk. von auswärts 15.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8990.

Nr. 99

Freitag, den 28. April 1922

13. Jahrgang

Interessante Auseinandersetzungen.

Die Konservativen waren im deutschen Parteienleben stets die rückwärtsloseten Politiker. Nach ihrer Auffassung waren sie die einzige Partei, die überhaupt das Recht hatte, im Staatswesen politische Macht auszuüben. Wenn sie auf Grund der politischen Verhältnisse einmal gezwungen waren mit andern bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, so waren die letzteren immer die Leidtragenden. Die Nationalliberalen, die im Reichstag in den sechziger Jahren eine nicht unbedeutende Rolle spielten, wurden von Bismarck so „an die Wand gequetscht, daß sie quiekten“, wie er sich selbst ausdrückte. Welches Schicksal die Konservativ-freisinnige Paarung von 1907/08 in Deutschland hatte, ist noch in bester Erinnerung. Den Konservativen erschienen zwar die Liberalen gut genug, ihre Stimmen für reaktionäre Gesetze mit abzugeben. Auf die Gestaltung der Gesetze aber blieben die Liberalen ohne jeglichen Einfluß. Das zeigte sich am treffendsten bei der Schaffung des Vereinsgesetzes. Als die Liberalen dann bei der Beratung der Steuerreform von 1909 nicht mehr willenlos die agrarische Interessenspolitik mitmachen wollten, wurden sie einfach fallengelassen, und die Konservativen gründeten mit dem Zentrum den schwarz-blauen Bund.

Die Konservativen haben sich heute einen anderen Namen gegeben. Ihr Geist ist aber völlig der alte geblieben. In Deutschland sind die Konservativen Deutschnationalen heute zwar in Oppositionstellung gedrängt, wo sie in der wildesten Demagogie gegen die Regierungskoalition auftreten. Der Freistaat Danzig hat dagegen das zweifelhafteste Vergnügen, daß in seiner Regierung die Deutschnationalen die ausschlaggebende Partei sind. Und hier haben sie in der ganzen Zeit der bisherigen Freistaatsherzlichkeit bemerkt, daß sie von demselben Schrot und Korn wie der preussische Musterjunkerkorps leben. Diese brutale Junkerpolitik hat bisher schon zu mancherlei Reibungen innerhalb der jetzigen Regierungskoalition geführt. Das Zentrum wagt zwar nicht sonderlich gegen den deutschnationalen Stachel zu löden. Es hat hier keine ehrlichen Demokraten in seinen Reihen vom Schläge Erzbergers und Dr. Wirths. Die Schümmer und Gaiskowsky sind froh, daß sie sich im Glanze der Regierungskrone wärmen dürfen. Den christlichen Arbeitern können sie ja nach ihrer Meinung selbst die schlimmsten Volksauswüchse und reaktionärste Politik als göttgewollte Weltordnung plausibel machen. Anders die „Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft“. Zwar wird man auch in dieser Partei ehrliche Demokraten und sozial verständige Politiker mit der Laterne suchen müssen. Aber ganz kann diese Partei schließlich doch nicht ihre liberale Verzogenheit verleugnen. Nachdem es deshalb bereits im Volksstag einige Male zu Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Deutschparteilern gekommen war und auch schon einmal ein kleiner Froschmäusekrieg in der Presse erfolgte, richtete vor einigen Tagen der Chefredakteur der „Danziger Zeitung“ Dr. Müller, der zu den wenigen aufrechten Demokraten in seiner Partei gehört, eine ernste Mahnung an seine Koalitionsgenossen. Er schrieb, daß die Dinge so nicht weiter gehen könnten, daß die Deutschnationalen mit allen demagogischen Mitteln innerhalb der bürgerlichen Parteien einen schärfsten Konkurrenzkampf entfesseln. Dr. Müller war ferner der Meinung, daß es sich hierbei um einen agitatorischen Stoßtrupp handelte, dessen Tätigkeit von einsichtigen Kreisen der Deutschnationalen mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet werde. Letzteres wird nun von dem hiesigen deutschnationalen Organ entschieden in Übereinstimmung mit der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ geschrieben, daß die Stimmung in der Deutschnationalen Partei „eine durchaus einheitliche und gefestigte sei“. Dieser Meinung sind allerdings auch wir. Wenn es wirklich deutschnationale Idealisten geben sollte, die brutale Interessenspolitik und demagogische Agitation ablehnen, so würden sie eben nicht der Deutschnationalen Volkspartei angehören.

Das deutschnationale Organ hat dem Artikel des Dr. Müller eine zweispaltige Entgegnung gewidmet. Es hütet sich aber schamlos, auf einige der von Dr. Müller angeschnittenen Kernfragen einzugehen. So hatte dieser in seinem Artikel die Personalpolitik kritisiert, die in Danzig trotz der schwierigen Finanzlage des Freistaates getrieben werde. Auch hatte er darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen einmal beschlossene und verkündete Gesetze zu-

gunsten einzelner umgehen. Damit war wohl die Sabotage des freistaatlichen Elektrizitätswerkes durch die Deutschnationalen zugunsten der Firma Schichau gemeint. Aber, wie gesagt, hierauf finden die sonst so berebten Deutschnationalen kein Wort der Entgegnung. Mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit sie dagegen ihre bürgerlichen Koalitionsgenossen behandeln, zeigt eine von der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ gebrachte Zuschrift eines Aggrariers, worin dieser wegen der angeblichen Sabotage der Demokraten mit Gegenmaßnahmen der Bauern droht, „die nicht im Interesse der Verbraucherschaft liegen würden.“ Man kann es daher durchaus verstehen, daß selbst Dr. Müller zugeben muß, daß in den Kreisen der Wählerschaft nicht mehr die Geduld verstanden wird mit der Fraktion der Deutschen Partei hinsichtlich der Annahmen und Angriffe von Seiten einzelner deutschnationaler Kreise hingenommen habe. Für uns Sozialdemokraten aber handelt es sich hierbei nicht nur um eine interessante Auseinandersetzung innerhalb der bürgerlichen Parteien. Wenn auch nicht bemerkenswerte Kreise der Arbeiterschaft, so sind doch leider große Teile des proletarisierten Kleinbürgertums auf die demagogische Agitation der Deutschnationalen sehrzeit hineingefallen. Hier gilt es Versuche zu schlagen, damit der Freistaat endlich von der deutschnationalen Kapitalistenherrschaft erlöst wird. Die Deutsche Partei aber sollte sich die Frage vorlegen, ob sie die deutschnationale Herrschaft solange dulden will, bis auch ihr das oben genannte Schicksal der Nationalliberalen droht. Welt davon ist die Deutsche Partei nicht mehr entfernt.

Poincarés Obstruktionspolitik.

Am 31. Mai läuft die Deutschland von der Reparationsnote gestellte Frist ab. Poincaré hatte in seiner letzten Rede bekanntlich erklärt, daß Frankreich dann eventl. allein Maßnahmen treffen wird, um Deutschland zu zwingen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Lloyd George hatte diesem eigenmächtigen Vorgehen Frankreichs dadurch entgegenwirken wollen, daß er eine Sitzung der Entente-Ministerpräsidenten in den nächsten Tagen in Genua wünschte, die besonders zu der Frage der Reparationen Stellung nehmen sollte. Bevor noch eine persönliche Einladung Poincarés erfolgt war, hat er schon im französischen Ministerrat gegen den Plan Stellung genommen.

Nach einer Havasmeldung beschäftigte sich der Ministerrat gestern mit dem Telegramm Barthous über die Anregung Lloyd Georges, den Obersten Rat nach Genua einzuberufen. Der Kabinettsrat gab seine Zustimmung zu der Haltung, die Poincaré einnehmen will und die etwa folgende sein wird: Man kann eine Teilnahme Poincarés an der Tagung des Obersten Rates nur dann in Erwägung ziehen, wenn die Verhandlungen in Genua nach der Rückkehr Millerands nach Frankreich stattfinden oder in Paris vor diesem Datum (6. Mai). Ferner können sich die Beratungen des Obersten Rates nicht auf die Fragen beziehen, die gegenwärtig den Reparationsauschuß beschäftigen. Es ist seine Sache, sich über die verschuldeten Verpflichtungen Deutschlands gegenüber seinen Reparationsverpflichtungen auszusprechen. Man müsse daher über den 31. Mai hinaus warten, um unter den Alliierten die Maßnahmen zu prüfen, die durch die Verschuldung hervorgerufen werden könnten, die der Reparationsauschuß nach diesem Datum im Falle einer regelrecht festgestellten Verfehlung des Deutschen Reiches fassen wird. Die Prüfung des deutsch-russischen Vertrages mit Bezug auf die bestehenden Verträge würde der Ministerpräsident zweifellos nicht ablehnen, wenn sie den einzigen Gegenstand der Beratungen bilden würden. Außerdem würde er die Mitarbeit der kleinen Entente und Polens zugestehen, aber die deutschen Abgeordneten müßten vollständig von der Versammlung ausgeschlossen sein.

Poincaré will vor allem deshalb nicht nach Genua gehen, weil die dortige Stimmung für Frankreich nicht sehr günstig ist und er dem französischen Imperialismus keine Fesseln anlegen lassen möchte. In der Reparationskommission kann Frankreich seinen Willen leicht durchsetzen.

„Journal de Debats“ glaubt zu wissen, daß der vorherrschende Eindruck in Paris der sei, daß vorherige Erörterungen über die am 31. Mai eventuell gegen Deutschland zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen geeignet sein könnten, den Grundsatz der Reparationen in Frage zu stellen, ja sogar einen Weg zu neuen Kon-

zessionen oder neuen Kompromissen zu finden. Der „Temps“ ist etwas bestimmter. Er glaubt sagen zu dürfen, es sei wohl schwierig, daß die französische Regierung augenblicklich die Einberufung des Obersten Rates nach Genua annehme, denn die Reparationskommission habe allein die Befugnis, eine beabsichtigte Verfehlung Deutschlands am 31. Mai festzustellen. Außerdem könne man dem Obersten Rat nicht mit Fragen betrauen, mit denen die Reparationskommission befaßt sei, also auch nicht mit der Frage des deutsch-russischen Vertrages und seiner Gültigkeit.

Der englische „Daily Express“ hofft dagegen auf eine baldige Zusammenkunft der alliierten Mächte und schreibt, daß die Zusammenkunft der alliierten Mächte, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, zur Erörterung der durch die Drohung Poincarés in seiner Rede in Bar-le-Duc geschaffenen Lage deutlich die Isolierung Frankreichs zeige. Lloyd George sei durch die Maßnahmen, die Poincaré in seiner Rede gegen Deutschland angekündigt habe, veranlaßt worden, Barthou und anderen Delegierten vorzuschlagen, das Reparationsproblem in Genua zu regeln. Die Franzosen hätten Lloyd Georges Vorschlag zugestimmt, Deutschland sei jedoch von den Erörterungen ausgeschlossen.

Noch keine Einigung mit Rußland.

Die Sachverständigenkommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Abfassung einer Denkschrift, die sich mit den von den Russen zu erfüllenden Bedingungen befaßt. Besonders lebhaft war die Erörterung über die Forderung der Rückgabe des nationalisierten fremden Eigentums. Italiener und Engländer sind einstimmig der Meinung, daß man sich auf eine Garantie jenes Eigentums beschränken solle, während Franzosen und Belgier die absolute Rückgabe verlangen. Man nimmt an, daß eine Einigung über diesen Punkt erzielt wird und die Denkschrift, nachdem sie zur Prüfung der politischen Unterkommission unterbreitet worden ist, sofort der russischen Delegation mit der Forderung einer möglichst schnellen Antwort übergeben werden kann. In der russischen Delegation naheliegenden Kreisen wird behauptet, daß Rußland sich wohl kaum zum Abschluß eines Vertrages in Genua verstehen wird und daß es auf der Grundlage der bisherigen Verhandlungen versuchen wird, die endgültige Stellungnahme bis zu einem Zeitpunkt hinauszuschieben, in welchem für die Sowjetregierung infolge der sonstigen abgeschlossenen günstigen Vereinbarungen eine größere Bewegungsfreiheit gegeben ist.

Wie andererseits gemeldet wird, soll am nächsten Montag eine Vollsitzung der Konferenz stattfinden. In englischen Kreisen sieht man in dieser Notiz ein Zeichen, daß die Verhandlungen mit Rußland gut weitergehen. Wenn Lloyd George nicht sicher wäre, bis Montag mit den Russen zu irgendeinem Resultat zu kommen, so hätte er die Einberufung einer Vollsitzung hinausgeschoben.

Gegen die Trennung der Rheinlande von Deutschland.

Die Zentrumspartei, die Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei haben in einer gemeinsamen Tagung in Abtzwinter am 27. April folgende Entschliebung gefaßt: Die neuerdings von den Ententemächten angebotene geplante Neutralisierung der Rheinlande würde mit den Gefühlen und Ueberzeugungen der Rheinländer in denkbar schroffem Widerspruch stehen. So sehr die Befreiung der Rheinlande uns trifft und belastet — auch um den Preis einer Verminderung oder Zurückziehung der Befähigung — würden wir von unserer Treue zum Deutschen Reich nicht um Haarebreite weichen. Von einer Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse ist auch in wirtschaftlicher Beziehung eine Besserung nicht zu erwarten. Der wirtschaftliche Niedergang im Saargebiet liefert dafür den besten Beweis. So halten wir aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen am Verbleiben des Rheingebietes beim Reich und Preußen einmütig und unweigerlich fest.

Die Schlußfassung des internationalen Gewerkschaftskongresses.

Der internationale Gewerkschaftskongress in Moskau beschloß in seiner Schlußfassung die Aufhebung des Verhandlungsbüros und ernannte die russischen Delegierten Debyars zum Vorsitzenden. Der Präsident Thomas teilte mit, daß die Kommissar, welche über die allgemeine Reaktion und den Einfluß zu berichten hatten, dem Kongress eine Entschlüsselung unterbreite, die erst nach der Proletarierorganisationen sich insbesondere befaßt seien in Bezug auf den 8-Stundentag, die Löhne und die soziale Befreiung. Der Kongress appellierte an die Arbeiter der ganzen Welt, namentlich an die Arbeiter Rußlands und Amerikas und der ferneren Länder Afrikas, um eine proletarische Einheitsfront zu schaffen und beauftragte das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes, sobald als möglich an die Arbeiter der ganzen Welt einen Aufruf in diesem Sinne zu erlassen. Die Entschlüsselung wurde einstimmig angenommen. Eine nach Maßgabe der in den Verhandlungen angetragenen Grundzüge abgeänderte Entschlüsselung über Krieg und Militarismus wurde von einer hiermit beauftragten Kommission unterbreitet und einstimmig angenommen. Nur die Holländer enthielten sich der Abstimmung.

Debatte über die Berichte des Bureaus.

Die Debatte beschäftigte sich mit dem vom Bureau erstatteten Bericht. Als erster ergriff Larnow-Deutschland das Wort und erklärte, daß der Durchführung der „großen Aktionen“, z. B. der Durchführung des Boykotts gegen Ungarn, vom internationalen Gewerkschaftsbund nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Stimmen verteidigten den Gewerkschaftsbund gegen diesen Vorwurf, indem er darauf hinwies, daß es sich hier um die erste große Aktion der Arbeiter der Welt gegen eine Regierung gehandelt habe. Wenn dieser

Boykott gegen den weißen Terror

auch nur einen Scheinerfolg zeitigte, war er doch eine großartige Demonstration. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Nachkriegszeit an die Arbeiterschaft bedeutend größere Aufgaben gestellt habe als die Vorkriegszeit. Es genüge nicht, im Gewerkschaftsbund für die Besserung der wirtschaftlichen Lage einzutreten, man müsse sich auch der großen politischen Aufgaben die seiner harren, bewußt sein. Stimmen hofften, daß der Kongress dem Bureau weitestgehende Vollmachten für die Durchführung solcher großangelegten Aktionen geben werde.

Zuawski-Polen wendet sich gegen die Aktionen des Gewerkschaftsbundes, die die Beförderung von Munition und Waffen für Polen verhindern, und beschwerte sich über die Stellungnahme des Londoner Gewerkschaftsbundes 1920, die sich auf falsche Voraussetzungen gestützt hätte. Stimmen antworteten, daß jene Aktionen nicht gegen Polen, sondern gegen die Entente, die neue Kriege vorbereitete, gerichtet waren.

Burkjed-Jugoslawien fordert die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes für jene Länder, in denen die Arbeiterbewegung nur schwach ist und fordert für das Proletariat der Landwirtschaft die gleiche Berücksichtigung wie für das Proletariat der In-

dustrie, besonders aber in Rußland. Stimmen verspricht, dies Möglichste zu schaffen. Der Gewerkschaftsbund dankt.

Die Schlußfassung von 100 Kindern und ihren Geschwister.

Der Bericht an die Arbeiter-Dokumente.

Der Bericht an die Arbeiter-Dokumente des Gewerkschaftskongresses des ehemaligen Sekretärs Kurt Eisners, Fischenbach, gegen die Münchener bürgerliche Presse. Der Prozeß beleuchtete schon in den ersten Stunden das Treiben der Münchener nationalistischen Verleumdungs- und Mordzentrale. Als die dunkle Quelle aller nationalistischen Verleumdungen haben sich die „Süddeutschen Monatshefte“ und deren Verleger Grohmann herausgestellt. Von hier aus hat ein Schmutzartikel seinen Ausgang genommen, der seinen Weg in die Münchener und die gesamte deutsche Presse gefunden hat. Die hierdurch inspierten Artikel forderten dann zum Wort an Eisner auf. Anlaß zu der Veröffentlichung gab eine Artikelserie Eisners: „Aufgaben über den Ursprung des Krieges“, die im November 1918 an die bayerische „Staatszeitung“ gegeben wurde. Die Eisnersche Veröffentlichung wies bekanntlich einige Mängel auf, die Eisner seinem Sekretär gegenüber mit der Raumnote der Presse begründete. Aus den Beschimpfungen Eisners und seines Sekretärs mögen folgende Sätze genannt werden:

„Eisner ist tot. Der junge Fischenbach läuft noch irgendwo in der Welt herum. Das Verbrechen der zwei Rätejuden war bezahlte Arbeit im Interesse des Feindes. Für den Juden Fischenbach ist kein Gaijen hoch genug, um diese Tat zu sühnen.“

Das Gericht hat sich nun die Aufgabe gestellt, zu prüfen, 1. ob eine Fälschung durch Fischenbach vorliegt, und ob diese nachteilig auf den Friedensschluß eingewirkt hat; 2. ob der Privatkläger die Fälschung begangen hat. Das Münchener Gericht entschließt sich also unter dem Druck der durch spaltenlange Presseartikel mobil gemachten Öffentlichkeit, die rein formale Verleumdungsklage zu einem großen politischen Ereignis zu machen.

Der Sitzungssaal ist überfüllt von deutschen und ausländischen, schweizerischen und französischen Journalisten. Der Apparat, der hier von der beklagten Münchener Presse in Bewegung gesetzt wurde, ist außerordentlich, doch ist der Prozeß eigentlich schon jetzt in der ersten Stunde formal entschieden. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ eine Klage über Eisners Sekretär leichtfertig in die Welt gesetzt hat. Die Mittelsperson, von der Grohmann erfahren haben will, daß Fischenbach die Eisnersche Publikation in Täuschungsabsicht hergestellt und Eisner nur seine Unterschrift dazu gegeben habe, erklärte, nichts zu wissen. Die Frau Eisner, von der diese Mittelsperson das erfahren haben will, weiß ebenfalls nichts. Festgestellt ist bis jetzt nur eins: Eisners Sekretär hat die Publikation nach dem Diktat Eisners hergestellt. Er hat sogar den Ministerpräsidenten gefragt, ob nicht das veröffentlichte Material noch nachträglich der Presse übergeben werden solle. Der Vertreter des Anklägers stellte den Antrag, den ehemaligen Staatsrat im Ministerium des Innern, v. Büffel, zu vernehmen, um den Beweis zu erbringen, daß 1918 die betreffenden Akten aus dem Aktenstock des Ministeriums des Innern herausgenommen wurden, in dem ein System der doppelten Nachführung (eine Aktenansammlung für die Öffentlichkeit, die andere für den amtlichen Gebrauch) bestanden haben soll.

154 politische Mörder in Bayern.

In Heft 7 der Zeitschrift „Das Forum“ veröffentlicht G. J. Gumbel, der Verfasser der Anklageschrift „Die Mörder“, eine neue statistische Statistik der Verurteilungen in Bayern nach dem Urteil der Militärgerichte die 184 Namen enthält. Das amtliche Ergebnis der von der Polizei angefertigten Verleumdungen über die Zahl der Opfer der Münchener Kampftage, gegen die Sozialisten und 144 Zivilpersonen als Haupttäter erschossen, bei 47 Toten konnte weder Name noch Art des Todes festgestellt werden. „Tollkühn verunglückt“ sind 184 Zivilpersonen.

Die meisten dieser 184 wurden von den Regierungssoldaten mitschuldig erschossen, erschlagen, ausgeplündert wie die 21 katholischen Gesellen und Gustav Landauer. Die standrechtlichen Erschießungen gingen so vor sich, daß ohne Verhör irgend ein Unteroffizier ein „Urteil“ sprach, das sofort vollstreckt wurde.

Trotz der vollständigen, den „Standrichtern“ durch Befehle bekanntgegebenen Rechtsmüdigkeit sowohl der standrechtlichen Erschießungen als auch der „üblichen Unglücksfälle“ ist die Rechtslage der Hinterbliebenen so ungünstig wie nur möglich. In allen Fällen, in denen wegen derartiger Erschießungen Anzeigen erstattet wurden, ist die Untersuchung durch die Militärgerichte und Militärbehörde geführt worden. Abgesehen von den Würdern der 21 katholischen Gesellen, von denen zwei wegen Totschlags und zwei wegen Diebstahls verurteilt wurden (eine Bestrafung der verantwortlichen Offiziere ist nicht erfolgt!), haben die Behörden angeblich keinen einzigen Täter erwischen können. In zahllosen Fällen, in denen Mordanzeigen unter genauer Angabe der Persönlichkeiten der Täter, der Tatumstände und unter Anbietung von Beweisen gemacht wurden, geschah nichts. Einige Mörder, bei denen es zur Anklage kam, wurden freigesprochen, weil sie „auf vermeintlichen Befehl gehandelt“ hatten. Die Erbschaftsprüche der Hinterbliebenen fielen alle durch, denn als Gegner im Zivilprozeß figurierten gerade diejenigen Militärs, welche zugleich die Untersuchung der Sache hatten. Sie rühten nämlich mit dem Material zu ihrer eigenen Haftbarmachung nicht heraus, daher ist in Bayern keine einzige Haftbarmachung des Täters wegen rechtswidriger Erschießung in den Mattagen gelungen.

Dieses Mordbayern aber wird von Politikern vom Schlage der „Danziger Neueste Nachrichten“ als ein Land angesehen, in dem ideale Ordnung herrscht.

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag auf Erhöhung der Straßenbahnfahrkarte auf 4 Mark und die Erhöhung des Gaspreises abgelehnt, dagegen wurde der Erhöhung des Elektrizitätspreises auf 7,80 Mark und des Wasserpreises auf 3,50 Mark zugestimmt. Bei Eröffnung der Sitzung verlas der Stadtverordnetenvorsteher Gasparri eine Erklärung, in der sämtliche Fraktionen die Ausschreitungen in der vorigen Sitzung bedauern und sich verpflichten, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß ähnliche Vorgänge sich nicht wiederholen. — In der vorletzten Stadtverordnetenversammlung war es zu einer regelrechten Prügelei zwischen Kommunisten und Deutschnationalen gekommen.

König George besucht Oberammergau.

Wie die „Vossische Zeitung“ aus München meldet, soll König George beabsichtigen, bei seiner Rückreise von Genua nach München und Oberammergau zu kommen. Für Mitte Mai seien für ihn und seine Familie in Oberammergau Quartiere bestellt worden.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman

von Paul Enderling.

26) (Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart).

Es klopfte. Frau Görke steckte den Kopf ins Zimmer. „Reißt du nicht, wo Fräulein ist?“ fragte sie aufgeregt. „Zeit einer Viertelstunde suche ich sie.“

„Ich sah sie mit Eva hinaufgehen.“

„Ach Gott!“ Tief seufzend zog sich Frau Görke zurück.

„Denk nur,“ sagte der Oberlehrer, „wie schlimm es Fräulein hat! Keine friedliche Minute am Tage, geht wie ein Zirkuspferd, immer in der Runde.“

„Dafür wird sie ja bezahlt.“

„Wofür, Thea. Man bezahlt keinem Menschen seine Freiheit. Man bleibt immer sein Schuldner.“

Sie sprang von Schreibtisch herab. Ihre Augen blitzten.

„Ich will von Fräulein nichts hören. Ich will nicht. Hörst du?“

„Aber Kind, du solltest doch soviel Gefühl für sie haben —“

„Gefühl? Hat sie es denn für mich?“

„Sicher, Kind. Sie freut sich von Herzen über dein Glück.“

„Nehmer mein Glück mit Henning freut sie sich, ja. Und weißt du, warum?“ Sie trat ganz dicht auf den Enkel zu.

„Weil ihr nun niemand mehr bei Vorbar im Wege ist.“

„Bei Vorbar? Wie kommt du darauf?“

„Sie bekommt Briefe von ihm.“ Sie schrie auf. „Aber sie soll ihn nicht haben, sie soll ihn nicht haben!“ Und ehe der Oberlehrer sie noch halten konnte, stürzte sie weinend aus dem Zimmer.

Der Oberlehrer schloß langsam die offen gebliebene Tür. Jeder muß seinen eigenen Weg gehen, empfand er mit Trauer; nichts hält ihn zurück und kann ihm Umwege ersparen. Nicht Liebe noch Versehen. Das macht: Wir sprechen alle verschiedene Sprachen; der alte Paktbruch ist noch nicht von uns genommen. Wir sind alle einander fremd. Und erst blühte er in das Antlitz Schopenhauers, das in

einem eben vorüberflutenden Sonnenstrahl sich zu leben und ironisch zu lächeln schien.

„Vothar Franzius hatte von Berlin aus einen Brief an Thea geschrieben; es waren ruhige, kühle Zeilen. Er entschuldigte sich, daß er so plötzlich habe abreisen müssen, da er sich in Berlin habe vorstellen müssen. „Ich muß für meine Zukunft tun, was ich kann, nicht wahr? ...“ Er hoffe aber, bei der Hochzeit zu sein, und bitte, allen seine ergebenen Grüße auszurichten.“

Es waren ruhige, kühle Zeilen — aber sie glühten auf dem Papier und brannten in Theas Herz und Händen. Sie las die wenigen, in den klaren, feilen Zügen geschriebenen Zeilen wieder und wieder und las immer Neues daraus. „Liebe Thea“ stand am Anfang. War das nicht eine Liebeserklärung? Gewiß, eine schone — aber Vothar war ein eigener, vorsichtiger Mann. Er rechnete darauf, daß sie richtig las. Und sie deutlicher sie im Unterbewußtsein die Gleichgültigkeit seines Schreibens empfand, um so zäher und erbitterter hielt sie sich an das, was sie in die Zeilen und zwischen sie hineinlegte. „Liebe Thea“, flüsterte sie vor sich hin. Wie das klang: „Liebe ... Thea ...“ Und als sie den Brief zum hundertstenmal gelesen hatte, war sie fest überzeugt, daß es ein Liebesbrief, ein glühender, begehrender Liebesbrief sei.

Könnte er dann anders schreiben? Mußte er nicht damit rechnen, daß der Brief von allen gelesen wurde? Was hätte sie denn sagen sollen, wenn Mutter sie fragte, was Vothar schrieb? Und wem hätte er den wichtigsten Brief geben können? Zu wem konnte er Vertrauen haben? Nein, nein, es war klug und vorsichtig von ihm gehandelt. Er wollte sie nicht hohlstellen. O, er war so bedacht auf ihre Ruhe, auf ihren Frieden, wie es nur einer konnte, der liebte. „Liebe ... Thea ...“

Und nun hätte sie darauf geschworen, daß er sie liebe. Draußen fiel der Regen. Er klatzte gleichmäßig, so daß man das monotone Geräusch kaum mehr hörte. Thea drückte die Nase an den Scheiben platt und freute sich über die kleinen Fontänen, die jedesmal entstranden, wenn ein paar dicke Tropfen zugleich auf das Fensterbrett schlugen und dann hoch aufsprühten.

Sie horchte auf die Schritte der Vorübergehenden und summte leise das Kirchengeläute mit, das eben vom Turm der

Katharinenkirche herüberdrönte. Nun schlug es dumpf, langsam, gewichtig, als künde jeder Glodenschlag etwas ganz Bedeutsames.

Unten trat ihre Schwester, Frau Dore Franzius, aus dem Hause. Jetzt ist niemand unten, dachte sie und tief hinab.

Das Wohnzimmer war leer. Aus dem hinteren Zimmer hörte man Fräuleins Stimme, die Werner im Französischen überhörte, und Evas Lachen klang gedämpft dazwischen. Auf dem Schreibtisch der Schwester stand neben kleinen Stunden und Tagen aus Porzellan und Photographien auch das Bild Vothars. Einen Augenblick zögerte sie. Dann nahm sie es an sich und betrachtete es.

Als aber Evas Schritte näherkamen, steckte sie es in den Kermel und flüchtete nach oben.

Aber es hielt sie nicht mehr im Hause. Draußen regnete es noch immer. Ein weicher, schmeichelnder Regen. War es nicht herrlich, sich von ihm umsprühen zu lassen, durch die Pfützen zu watscheln, sich das Gesicht von ihm kühlen zu lassen und zu laufen, zu laufen — bis alles wieder still war, alles ...

Nein, es sollte nicht still werden: Der Jubel in ihrem Herzen durfte nicht zur Ruhe kommen!

Der Dunker hing über den Gassen und schob sich wie Rußlinsen in sie hinein. In den schmalen Gassen war es trotz der Nachmittagsstunde dämmerig. Die hohen, hohen Häuser schatteten und drückten. Nein, es war doch nicht schön, durch den Regen zu laufen. Sie bog in die Portschaisengasse ein. Da war die Westfälische Konditorei.

Innen am Eingang sah ein graubärtiger Herr, der einen offenbar ausichtslosen Kampf mit einem widerpenstigen Napoleonskuchen kämpfte, der über den Teller zu springen versuchte.

Sie bestellte sich etwas unten am Büfett und ging die schmale eiserne Wendeltreppe empor, die zu der kleinen Galerie führte, einem echt Danziger Hängeboden. Dort standen im wogigen Halbdunkel drei Marmortischen. Aber als sie oben war, berante sie, daß sie hinaufgegangen war: oben saß Gerda und blätterte in einem illustrierten Blatt.

Sie jubelte, als sie Thea sah. „Ich war auf dem Weg zu dir, aber der Regen war zu böse. Nun ist es aber doppelt fein, daß wir zwei hier allein sitzen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die unzulänglichen Schulverhältnisse auf dem Lande.

Überfüllte Schulklassen. — Deutschnationale Lehrerfeindlichkeit. — Das Feuerbestattungs-gesetz einem besonderen Ausschuss überwiesen.

Die gestrige Volksversammlung warf ein großes Licht auf die rückständigen ländlichen Schulverhältnisse des Freistaats. Die Überfüllung der Landtschulen ist geradezu erschreckend. Bei einer Schülerezahl von 70—100 kann von einer Erziehung und Ausbildung der Schulkinder keine Rede sein. Die Bildungsfeindlichkeit der Deutschnationalen, dokumentiert durch einen Artikel des Abg. Matthäet im deutschnationalen Mitteilungsblatt „Schwarzer Adler“, wurde von Rednern verschiedener Parteizugehörigkeit bloßgestellt. Charakteristisch war auch, daß der deutschnationale Landlehrer Dobbrück die Unzulänglichkeit des ländlichen Schulwesens nicht bestreiten konnte, jedoch dem Finanzsenator Dr. Volkman einen Wink gab, die Mittel für die Vermehrung der Schulen und Lehrkräfte zu verweigern. Bei der Beratung des Feuerbestattungsgesetzes lehnten Zentrum und Deutschnationale den von der Deutschen Partei eingebrachten Gesetzentwurf ab. Die Mehrheit des Hauses sprach sich für den Gesetzentwurf aus und überwies ihn an einen besonderen Ausschuss. Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden in kurzer Zeit erledigt.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde eine Reihe von Eingaben nach den Beschlüssen der Ausschüsse erledigt.

Abg. Friedrich begründet alsdann den Antrag der Deutschen Partei betr.

Ausbau und Verbesserung des Schulwesens auf dem Lande.

Redner wies darauf hin, daß das städtische Schulwesen erfreuliche Fortschritte macht. Jetzt ist das sechs-klassige Schulsystem in ein siebenklassiges umgewandelt worden. In Kürze soll die achtklassige Schule durchgeführt werden. Auf dem Lande liegen die Schulverhältnisse unzulänglicher. Die Regel ist die ein-klassige Schule, an größeren Orten sind zwei Klassen eingerichtet und in den kleinen Städten ist die Schule sechs-klassig. Ein Mangelbestand, der beseitigt werden muß, ist die Überfüllung der Klassen. Nach einer im Mai v. J. aufgenommenen Statistik sind 66 Schulklassen überfüllt. Davon haben 12 Klassen über 80, 8 Klassen über 70, 8 Klassen über 75, 15 Klassen über 80 Kinder; eine Klasse hat sogar 100 Kinder. Insgesamt haben 30 Klassen über 70 Schüler. Für diese 30 Klassen müssen 30 neue Lehrkräfte angestellt werden. Sie sind vorhanden, arbeiten jedoch in anderen Berufen. Die Einrichtung neuer Schulräume ist nicht notwendig, da Vor- und Nachmittags unterrichtet werden kann. Diese Verbesserung des Schulwesens würde den betreffenden Gemeinden 650 Mark und dem Staat insgesamt 1 Mill. Mark kosten. Diese Summen können nicht unerschwinglich sein, da der Freistaat 4 1/2 Mill. Mark für die Polizeischule übrig hat. Redner verlangte weiter die Beschaffung besserer Lehrmittel für die ländlichen Schulen und die Einrichtung eines leistungsfähigeren Uberganges von den Land- zu den Stadtschulen. Die Aufbauschulen dürfen nicht verkappte Lehrerbildungsschulen werden. Für sämtliche Freistaatschüler muß ein einheitliches Schulgeld festgesetzt werden. Redner empfahl die Überweisung des Antrages an den Unterrichtsausschuss. Alsdann beschäftigte sich Abg. Friedrich mit der

Lehrerfeindlichkeit der Deutschnationalen

und unterzog einen Artikel des Abg. Matthäet im deutschnationalen Mitteilungsblatt „Schwarzer Adler“ einer scharfen Kritik. In dem Aufsatz wendet sich der deutschnationale Hochschulpflichter gegen eine Erweiterung der Lehrerbildung und macht dabei folgende, die Bildungsfeindlichkeit der Deutschnationalen deutlich kennzeichnende Ausführungen:

„Hier sei nur darauf hingewiesen, daß man tief einschneidende Veränderungen unseres gesamten Schulwesens plant, mit denen die Verdrängung der humanistischen Bildungsanstalten in engem Zusammenhange steht. Man ärgert sich darüber, daß es verschiedenartige Schulen und demgemäß natürlich auch verschiedenartig vorgebildete Lehrer gibt, von denen die eine Gruppe für „vornehmer“ gehalten werde, als die andere. Man will alles gleich machen. — Die Volksschullehrer sollen künftig das Abiturientenexamen ablegen und auf der Hochschule studieren, damit sie auch in die „Studienräte“ einschläge können und fetter mehr neidisch auf den anderen zu sein braucht. Wie sich die so vorgebildeten Lehrer dann zu der schweren Aufgabe stellen werden, die Elementarkenntnisse auf dem Lande zu vermitteln ist mir nicht klar.“

Eine Kultur, die alles gleichmachen und nivellieren will, ist eine schlechte Kultur. Die gute Kultur unterscheidet, scheidet und hebt hervor. Das weiß der Landmann. Wenn er seine Aussaat veredeln will, so wirft er den Samen nicht untereinander durcheinander, sondern er sucht den auf Veredelung geprüften Samen für die neue Aussaat aus.“

Redner betonte, daß diese Ausführungen in den Kreisen der Volksschullehrer starkes Befremden erregt haben. Aufgabe der Lehrer ist es, nicht nur Elementarbildung zu vermitteln, sondern Menschen zu erziehen. Jedes Schülerelementar ist gleichwertig.

Abg. Dobbrück (Dtnatl.), der selbst Landlehrer ist, konnte die Mängel der ländlichen Schulen nicht bestreiten. Schuld daran seien die beschränkten ländlichen Verhältnisse und der Lehrermangel! (Widerspruch links.) Die deutschnationale Fraktion sei mit dem Antrag unversanden. Finanzsenator Volkman werde dabei aber noch ein Wort mitreden! Die weiteren Ausführungen des Redners gingen in dem heftigen Widerspruch der gesamten Linken unter.

Wann kommt das Schulgesetz?

Abg. Gen. Meyer rügte, daß das Schulgesetz so lange auf sich warten läßt. Darin müßte auch die Höchstzahl der Schüler festgesetzt werden. Die trägen ländlichen Schulverhältnisse hätten dem Schulsenator bekannt sein müssen und dieser hätte aus eigenem Antriebe für eine Vermehrung der Klassen und der Lehrkräfte wirken sollen. Redner trat dafür ein, daß die Aufbauschule auf die achtklassige Volksschule baldmöglichst eingerichtet wird. Den Landtschülern müsse sofort der Ubergang auf die städtischen höheren Schulen erleichtert werden. Es sei jedoch falsch, die minderbemittelten begabten Schüler ausschließlich dem Lehrerberuf auszuführen. Der Antrag der Deutschen Partei findet bei

Auf zur Maifeier!

Der 1. Mai ist ein Kampftag. Wer ernsthaft die Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der werktätigen Bevölkerung will, muß unermüdet für Massenbeteiligung an der Maifeier werben.

Am Sonntag, nachmittags 8 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus (Promenade):

große künstlerische Feier

unter Mitwirkung erster Kräfte des Stadttheaters, des Stadttheaterorchesters, des Knabenchor-Gesangsvereins, der Arbeiterjugend u. a. Nach Beendigung des künstlerischen Teils in allen Sälen: Großer Festball.

Am Montag, den 1. Mai:

Demonstrationszug

Sammelpunkt 2 1/2 Uhr auf dem Wiesenplatz. In Schichtversammlungen und anschließend im Bürgergarten und Friedrichshain: Geselliges Beisammensein. Festkarte für alle Veranstaltungen nur 4 Mark.

— Niemand darf fehlen! —

Es gilt in wichtiger Demonstration für die Forderungen der Arbeiterschaft einzutreten.

der sozialdemokratischen Fraktion Sympathie. Er bedeutet jedoch ein Misstrauensvotum gegen die eigenen Leute; denn sonst hätte es des Antrages nicht bedurft. Es hat den Anschein, als ob die Deutsche Partei bestrebt, daß die Regierung hinsichtlich des Landtschulwesens sich in dem künftigen Schulgesetze den Grundfals zu eigen machen wolle: Mit Dänen läßt sich besser pflügen!

Senator Dr. Strunk entgegnete: Die Regierung werde den Antrag sehr sympathisch aufnehmen. Der Antrag habe den Zweck, die Allgemeinheit auf die Lage des Landtschulwesens aufmerksam zu machen und vielleicht zur Beseitigung des Tempos hinsichtlich der Verbesserungen beitragen. Von den vor dem Antragsteller genannten 30 überfüllten Schulklassen sind inzwischen 20 aufgeteilt worden. Ueber die Teilung weiterer zwölf Klassen sind bereits Verhandlungen im Gange. In etwa drei Jahren werden auch auf dem Lande in dieser Hinsicht die Verhältnisse geregelt sein. Im ganzen haben wir 27.000 Schulkinder mit 514 Klassen und 304 Lehrern. Das ergibt auf 58 Kinder einen Lehrer und auf 52 Kinder eine Klasse. Vom Lande selbst erhält die Regierung wenig Anregung zur Schaffung neuer Lehrstellen. Für das nächste Jahr ist die Errichtung neuer Aufbauschulen beabsichtigt. Die Bestimmung, daß die Aufbauschulen zur Lehrerbildungsanstalt gestempelt werden sollen, sei grundlos.

Abg. Matzkewitz (wlib) gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung des preussischen Schulwesens auf den Antrag zurückkommend, erklärte Redner, daß jeder Vorschlag zu begrüßen sei, der eine Reform des Schulwesens herbeiführt. Bei Bewilligung von Unterstufungen für minderbemittelte Volksschüler möge der Senat nicht engherzig sein. Redner beschäftigte sich dann ebenfalls mit den Ausführungen Matthäets im „Schwarzen Adler“ und betont, daß die Lehrerschaft allen Widerständen zum Trotz an ihrer Forderung nach Hochschulbildung festhalten werde.

Die Aussprache war damit geschlossen; der Antrag wurde einstimmig dem Unterrichtsausschuss überwiesen. Von dem Bericht des Ausschusses über die Anträge der Abg. Ruhnert und Matthäet auf Wahl von Ausschüssen zur Prüfung der Möglichkeit von Verwaltungsersparnissen wurde Kenntnis genommen. Das Haus stimmte den Vorschlägen des Ausschusses zu.

Feuerbestattungsgesetzes.

Abg. Dr. Voening (D.P.) führte in der Begründung des Gesetzes aus, daß die veränderten Zeitverhältnisse auf eine Revision des 1911 beschlossenen preussischen Feuerbestattungsgesetzes drängen. Alle einschränkenden Bestimmungen müssen beseitigt, und die Feuerbestattung der Erdbestattung gleich gestellt werden. Redner empfahl, den Gesetzentwurf einem besonderen Ausschuss zu überweisen.

Abg. Dahler (Dtnatl.) gab zu, daß das alte Feuerbestattungsgesetz den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Es sei aber nicht notwendig, ein neues Gesetz zu schaffen. Er brachte eine Entschließung ein, in der die Abänderung des alten preussischen Feuerbestattungsgesetzes gefordert wird.

Abg. Kurzwski (D.) lehnte aus religiösen Gründen die Vorlage und auch die deutschnationale Entschließung ab.

Abg. Raßn (R.) begrüßt den Gesetzentwurf. Bei den Ausschussverhandlungen würde die kommunistische Fraktion den Antrag auf unentgeltliche Bestattung stellen. Die Ablehnung der katholischen Kirche gegen die Feuerbestattung sei unverständlich, früher habe sie große Vorleser für Scheiterhaufen gehabt.

Abg. Man (M.S.) trat ebenfalls für die Vorlage ein.

Nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Dr. Voening (D.P.) wurde der Gesetzentwurf in namentlicher Abstimmung mit 51 gegen 35 Stimmen einem besonderen Ausschuss überwiesen. Als bekannt wurde, daß ein Zentrumsausschuss ordneter Vorsitzender dieses Ausschusses werden soll, entfiel große Heiterkeit. Auf Wunsch des Abg. Raßn soll der Ausschuss sich festschließen, ob bei der Befassung der Ausschüsse Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Nachstehende Gesetzentwürfe wurden alsdann ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen: Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe und Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen; Ermächtigung des Senats zur Festsetzung der Beendigung des Kriegszustandes; die Ausführung des Artikels 170 des Danzig-polnischen Abkommens; Aenderung der Wehrdienstordnung für Zeugen und Sachverständige; Errichtung eines Amtsgerichts in Neuteich; der Gebrauch der polnischen Sprache bei der Rechtspflege; die außerordentliche Rentenabfindung.

Bei der Beratung des Umsatz- und Luxussteuergesetzes ergab die erste namentliche Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident vertagte darauf das Haus auf Freitag, nachmittags 8 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Vorschläge zur Währungsfrage in Danzig.

Der Danziger Freiland-Freigeldbund hat sich in einer Eingabe an den Senat und den Volkstag mit Vorschlägen gewandt, auf Lösung der Währungsfrage für Danzig: Es sei unbedingt notwendig, mit Beschleunigung an die Lösung dieser für die Volkswirtschaft grundlegenden Frage heranzutreten. Es werden folgende Anträge gestellt:

1. Die baldige Einführung einer eigenen Danziger Markwährung in die Wege zu setzen und die Kaufkraft der Danziger Mark auf etwa der jetzigen Höhe der deutschen Mark zu erhalten.

2. Zur Einführung und Aufrechterhaltung der Danziger Währung ein besonderes Währungsamts zu errichten, das durch Gesetz seine Aufgabe erhalten und diese in richterlicher Unabhängigkeit durchzuführen hat.

3. Dem Währungsamts durch Gesetz den Auftrag zu erteilen, aktive Währungspolitik nach den Grundfalsen der Festwährung zu betreiben.

4. Nach Durchführung dieser Maßnahmen wegen Einführung einer gemeinsamen Geldnote (Zanote), zunächst zwischen Danzig und Polen giltig, mit der polnischen Regierung in Verbindung zu treten.

Diese Anträge werden dann in einer Denkschrift von 32 Druckseiten näher begründet und die Durchführung dieser Anträge bargelegt.

Drohende Arbeitseinstellung der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter.

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt gestern eine Versammlung ab, die sich eingehend mit mehreren tariflichen Fragen beschäftigte. Ueber die Erhöhung der Löhne der jugendlichen Arbeiter ist mit den Prinzipalen verhandelt worden. Der Bericht über diese Verhandlungen wurde mehrmals durch lebhafteste Proteste unterbrochen. In der Diskussion, die sehr feindselig verlief, kam zum Ausdruck, daß das Verhalten einzelner Prinzipale provozierend wirkt und daß die Arbeitseinstellung sofort beschlossen werden sollte, um den reaktionären Buchdruckereibesitzern zu zeigen, daß die Hilfsarbeiterschaft nicht gewillt ist, die jugendlichen Kollegen als Ausbeutungsobjekte den Prinzipalen auszuliefern. Nachdem der Vorsitzende zur Ruhe und Besonnenheit ermahnte, wurde folgende Entschließung eingebracht und einstimmig angenommen:

„Die am Donnerstag, den 27. April 1922, tagende Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen stellt die von den Prinzipalen für die Jugendlichen zugestandenem Zulagen von 5 und 10 Mark wöchentlich angesichts der bestehenden Teuerung als Pohn an und lehnt dieselben einstimmig ab. Sie beauftragen den Vorstand, sofort eine neue Verhandlung zu beantragen. Die Prinzipale werden ersucht, bis Sonnabend, mittags 12 Uhr, einen endgültigen Bescheid zu geben, andernfalls die gesamte Kollegen-schaft bereit ist, auch mit dem schärfsten Mittel für die Jugendlichen einzutreten.“

Es ist unverständlich, daß die Prinzipale seit vier Monaten die Verhandlung hingleben und nur auf Grund der niedrigen Löhne im Handelsgewerbe jede Erhöhung der Löhne ablehnten. Wir unsererseits haben alles getan, um den Frieden im Gewerbe aufrecht zu erhalten und lehnen die jetzt kommenden Folgen ab. Es ist unverständlich, wie der besonnene Teil der Buchdruckereibesitzer sich dieses Treiben einzelner Herren gefallen läßt, zumal sie doch bei einer Arbeitseinstellung selber davon betroffen werden.“

Außerdem wurde die Ferienfrage behandelt und darauf hingewiesen, daß ab 1. Mai die Ferien zu beginnen haben. Wo die Prinzipale noch keine Anstalten gemacht haben, Ferienlisten anzugeben, soll schleunigst darauf hingewirkt werden. Zur Maifeier wurde zur vollständigen Beteiligung an der Arbeitsruhe und Demonstration aufgefordert.

In den Herrn Oberstaatsanwalt.

Dem Urteil des Schöffengerichts gegen die Großhändler.

In den Jahren 1900 und 1901 sind viele Fleischer wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Fleisch von der Staatsanwaltschaft verhaftet und von den Gerichten bestraft worden. Ein großer Teil dieser Bestraften hatte nachgebrannt die Verordnungen nicht befolgt können, weil sie sich in Abhängigkeit von einigen Großhändlern befanden. Die Großhändler kauften das Vieh um jeden Preis auf. Die Kleinhändler konnten den weit kapitalstärkeren Großhändlern keine Konkurrenz bieten. Die Landwirte wollten das Vieh zu hohen, sie verkaufen an den Großhändlern. Dadurch konnten die paar Großhändler den Viehmarkt beherrschen. Die Danziger Fleischermeister wußten nun von den Großhändlern das Vieh zu jedem verlangten Preise kaufen. Obwohl der Fleischer merkte, daß das Vieh viel zu teuer war und manchmal im Einkauf bereits der Kleinverkaufspreis überschritten war, durfte er nicht wagen zu murren, aus Furcht, nun überhaupt kein Vieh mehr zu erhalten. In dieser Zeit haben sich die Fleischermeister dadurch zu helfen versucht, daß sie den größten Teil des Viehes zu Wurst verarbeitet, weil der Preis hierfür höher war. Die Bevölkerung war doppelt geschädigt, sie konnte nun selten ein gutes Stück Fleisch kaufen und machte mit der teuren Wurst vorlieb nehmen. Die häßliche Erscheinung des Non-Vitamin-Berlin-Kaufens vermehrte sich. Der Preis stieg, die Moral sank. — Und diejenigen, die einen großen Teil der Schuld auf sich luden, wollte der Staatsanwalt dieser Tage ins Gefängnis werfen. Das Schöffengericht schätzte diese Goldleute, es sprach sie frei. Statt der drei Monate Gefängnis und 200 000 Mark durfte jeder nur das Feinzeigeld von 20 000 Mark abgeben. Es ist einfach gar nicht fahbar, daß ein derartiges Urteil die Straftaten, die so schlimme Auswirkungen verursachen, abnden soll. Das Urteil darf nicht rechtskräftig werden. Die Staatsanwaltschaft muß Berufung einlegen. Wie viele Fleischermeister und Frauen haben, ihren Verhältnissen entsprechend, höhere Strafen erleiden müssen, und doch waren sie nur die Opfer der Großen. Wann wird denn mal der Wucher wirklich bekämpft werden?

Neue Märena eines Scharfmachers.

Arbeiter, merkt es euch!

Bei der Firma J. B. Alawitter, Schiffswerft und Maschinenfabrik, war es bisher üblich, daß Betriebsversammlungen im Speisesaal der Werkst abgehalten wurden und daß hieran Gewerkschaftsangehörige teilnahmen. Dies soll sich jetzt ändern, jedenfalls um den Arbeitern zu zeigen, wer „Herr im Hause“ ist. Die Arbeiterschaft der Firma Alawitter sollte gestern eine Betriebsversammlung abhalten, konnte dazu aber kein passendes Lokal bekommen, so daß auf den Speisesaal zurückgegriffen wurde. Wie immer wurde auch die führende Gewerkschaft, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, benachrichtigt, welcher einen Angehörigen mit der Wahrnehmung der Versammlung beauftragte. Als dieser nach dem Werkgrundstück kam, wurde er vom Portier gestoppt, ob er einen Vortrag halten wolle. Auf die behaupte Frage bedeutete der Portier dem Angehörigen, daß er die schriftliche Erlaubnis von Herrn Alawitter haben müsse, sonst könne er (der Portier) das Betreten des Werkgeländes nicht gestatten. Hieraus rief der Obmann der Arbeiterauschusses das Bureau des Herrn Alawitter an, konnte letzteren aber nicht erreichen. Die Arbeiter, welche im Speisesaal versammelt waren, beschlossen nun, die Versammlung außerhalb der Werkst unter freiem Himmel abzuhalten, was auch geschah. Nach einiger Zeit kam der Portier und teilte mit, daß Herr Alawitter die Benutzung des Speisesaals in Gegenwart eines Gewerkschaftsangehörigen für diesmal ausnahmsweise gestattet. Bei dem schönen Wetter verzichteten die Arbeiter aber auf die Ausnutzung dieser Erlaubnis und blieben, wo sie waren.

Arbeiter, merkt ihr, woher der Wind weht? Die teilweise Verbandsmüdigkeit auf den Wersten verziehen die Unternehmer auszunutzen, indem sie der Arbeiterschaft sogar unmöglich machen wollen, sich mit der von ihr gewählten Vertretung über die wirtschaftliche Lage auszusprechen. Wer wäre dazu wohl geeigneter im ganzen Reich, als die Firma Alawitter, deren Hauptinhaber der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustriellen Danzigs ist? Immerhin ist es etwas unvorsichtig, die Karten schon jetzt aufzudecken, oder glaubt der Metallindustriellen-Verband, daß die Arbeiterschaft schon so weit ist, daß ihr alles geboten werden kann? Arbeiter, gebt den Metallindustriellen die einzig richtige Antwort, indem ihr endlich rechtlos erkennt, daß nur eine etwige, geschlossene, gut organisierte Arbeiterschaft in der Lage ist, die Anschläge übermächtiger Unternehmer auf eure Rechte mit Erfolg abzuwehren.

Gegen Teuerung und Wucher

richtete sich eine Metallarbeiterversammlung, die der Bezirk Neufahrwasser der S.P.D. zu Mittwoch einberufen hatte. Die Versammlung war zahlreich besucht. Abgeordneter Genosse Nagroski sprach über die Teuerung und ihre Ursachen. In klar verständlicher Weise wurden die Ursachen und ihre Auswirkungen der Besprechenden und stets fortwährenden Teuerung auf das gesamte Wirtschaftsleben des Reiches vom Redner beleuchtet und mit kräftigen Beispielen belegt. Man war mit ihm einmütig der Ansicht, daß die Verhältnisse, wenn nicht von Seiten der Regierung des Reiches bald etwas Ernstliches unternommen wird, um dem Wucher zu wehren, geeignet sind, und in den Abgrund zu führen. Scharf kritisierte der Redner, daß es jedem Einzelnen und Handwerker heute möglich ist, aus der Haut der Freikaathbevölkerung Riemen zu schneiden. Nur die Oligarchenwirtschaft des Bürgerblades und des Senats ermöglicht es den Ausbeutern, ihr verbrochenes Verbrechen exemplarisch bestrafen. Die Verordnung des selig entschlafenen Staatsrates, die die Maxillage als Maßstab für die Preisgestaltung in dem gesamten Wirtschaftsgebiet des Reiches festlegt, ermöglicht es den Landwirten und anderen Wucherern, ihre Preise ins Ungeheure und Unkontrollierbare von Tag zu Tag zu steigern. Ein kräftiges Beispiel hierfür und für die Objektivität unserer Justiz bildete die Verurteilung der vier Fleischnagel, die letzts vom Schöffengericht vollzogen wurde. Diese vier Preisbrecher wurden zu je 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt, während der Staatsanwalt neben sechsmonatlicher Geldstrafe noch Gefängnisstrafen von einem Vierteljahr für jeden dieser Edlen beantragt hatte. Nach dem Besatz jeder eine ausgedehnte Besprechung ein, die

das Ergebnis zeitigte, wußte uns Wucher die anstehende Bevölkerung darüber aufzuklären, daß alles Unheil, unter dem wir jetzt zu leiden haben, lediglich auf das Konto der falschen Wirtschaftspolitik und unserer unfähigen Regierung zu setzen ist. Die Beschlungen, Männer und Frauen, gaben sich das Versprechen, für rege Teilnahme bei der Preisverbrecherdemonstration zu sorgen und sie zu einem eindrucksvollen Protest gegen die Ausbeutung des Proletariats zu gestalten. Nach Beendigung interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Scharfsinn. Von einem tollmütigen Hunde gebissen. Die Frau des Kaufmanns Wisse wurde am 11. Uhr auf dem Heimwege vom Bahnhof von einem freiläufig herumlaufenden Hunde angefallen und an der Wade und am Arm gebissen. Der ihr zu Hilfe eilende Wärtermeister Johannes Hinkel wurde beim Einfangen des Tieres gleichfalls leicht verletzt. Der Hund wurde auf Anordnung des Kreiswundarztes getötet und dann von dem beamteten Tierarzt getötet. Hierbei wurde der bringende Verdacht von Tollwut festgestellt. Frau Wisse zur Schutzimpfung gegen Hunden gebissen hat sofort nach Berlin zur Schutzimpfung bezogen. Der Wundarzt des Kreiswundarztes Danziger Höhe hat unverzüglich die Ortspolizei über folgende Amtsbezirke verhängt: Odra, Gmünd, GutsMuths, Frank, Straßburg, GutsMuths, Hoch-Reipin, Gotsche, Donneberg, Altdorf und GutsMuths.

Reuteil. Der Männergesangsverein „Sängergruß“ in Reuteil hält am Mittwoch, den 8. Mat, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Wöhler seine außerordentliche Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Berichte, Wahlen und Anträge.

Aus dem Osten.

Wing. Eine gelungene Bekanntmachung. In einem Nachbardorf ging der Drissliener mit der Schelle in der Hand durchs Dorf und rief aus: „Die Leute, die dieses Jahr Kinder haben wollen, sollen sich beim Drissliener melden, der besorgt das Nötige.“ — Der Hüter des Geheges meinte natürlich Stadtkinder, die aus Land zur Erholung kommen sollen.

Di-Essen. Der radiate Stadtrat. In einer Sitzung der Baukommission wurde über einen Antrag der Herren Beyer und Diomba auf Nachzahlung der Uebersteuerungskosten für geleistete künftige Arbeiten verhandelt. Gen. Welland als Mitglied der Baukommission bemerkte dabei, daß die Nachzahlung doch erst dann erfolgen könne, wenn die Antragsteller die erforderlichen Delege hinstellt, die der Uebersteuerung beigebracht hätten. Stadtrat Beyer, der von dieser Aeußerung des Gen. Welland hörte, erklärte daraufhin zu Gärten im Ratstheater, er werde dem Welland noch die Knochen zerschlagen. Die sozialdemokratische Fraktion teilte daraufhin mit, daß sie dem Magistrat die Bewilligung des Geldes und künftiger Verwaltungsmittel verweigern würde, solange Herr Beyer noch als Stadtrat von Di-Essen tätig sei.

Zwinnmünde. Ein Opfer der Zeitungsnot. Die „Zwinnmünder Volkswacht“ kündigt in ihrer letzten Ausgabe an, daß sie infolge der traurigen Verhältnisse im Zeitungsgewerbe ihr Erscheinen einstellen muß.

Zwinnmünde. Werkerweiterung. Die Pommerische Schiffbau-Alliengeseellschaft in Berlin übernommen. Das Aktienkapital beträgt zunächst 10 000 000 Mark. Es ist eine erhebliche Erweiterung des Betriebes in Aussicht genommen.

Mäheln. Einen verdienten Meinsfall erlebte dieser Tage ein Landwirt. Bei ihm erschienen drei Männer im Auto, die dringenden Roggen zu kaufen wünschten. Aber erst als sie ihr Gehot auf 900 Mark für den Zentner erhöht hatten, bekam die Sache für den Landwirt Interesse und das Korn war in kurzer Zeit zur Stelle. Die Fremden bezahlten mit drei Tausendmarktscheinen, auf welche der Landwirt 800 Mark herausgab, frühlückten auf dessen Einladung und verließen das Dorf in derselben Richtung, in der sie gekommen waren. Als der Landwirt die Tausendmarktscheine bei der Sparkasse einzahlen wollte, erwiesen sie sich als falsch.

Erbschaften. Eine Eisenbahnkonferenz ist hier zusammengetreten, auf der Deutschland, Lettland und Litauen vertreten sind. Es sollen zunächst zu den geplanten Abkommen die Tarifbestimmungen für die Randstaaten ausgearbeitet werden.

Krafsau. Schweres Eisenbahnunglück. Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Krafsau, daß am Mittwoch, morgens gegen 6 Uhr, ein Güterzug durch Ueberrückung des Signals auf einen auf der Station Ropozce haltenden gewöhnlichen Zug aufstieß. Infolge dieses Zusammenstoßes wurden acht Reisende getötet, 19 schwer und 50 leicht verwundet. Alle Verwundeten wurden im Sanitätszuge nach Tarnow geschafft. Beschädigt wurden zwei Lokomotiven und 16 Wagen.

Aus aller Welt.

Ein Hochstapler-Genie. Der 28jährige Tagelöhner-sohn Max Kieferwetter aus Norddeutschland hatte im Krieg die Karriere eines Sanitätsoldaten ergriffen und es bis zum Gefreiten gebracht. Da er lust an den Jahren war, so äderte er keinen Augenblick, den Gefreitenknopf als Doktorhut zu betrachten und sich in die Praxis zu begeben. Mit stinkem Verstand begab, hatte er sich einen reichen Schatz von Kunstausdrücken angeeignet, die er, wenn auch nicht immer sachgemäß, so doch stets achtunggebietend an den Mann zu bringen wußte. Da er ein junger Mann von angenehmem Aussehen war, so erkannte er in der Tätigkeit eines Frauenarztes mit Recht das Spezialfach, das ihm am besten zu Gesicht stehen würde. Auch trieb er die Gewissenhaftigkeit so weit, mit Hilfe von falschen Papieren einige Vorlesungen an deutschen Universitäten zu hören, die seinen medizinischen Wortschatz so wesentlich bereicherten, daß er u. a. einmal ein ganzes Spital in Litzkefeld vertreten konnte und mit allgemeinem Beifall zu leiten vermochte. Im ganzen jedoch erwies sich das Deutsche Reich als minder geeignetes Betätigungsfeld. Seine Wahl fiel auf das Salzammergut. In Ehren eines großen Vorgängers auf dem Ge-

biet der Gynäkologie, seines angehenden Onkels, nannte er sich „Professor Dr. Döderlein“, Ritter hoher Orden. Die Besuche waren beständig, „Professor Döderlein“ erregte sich des besten Ansehens, hielt nebenbei gelehrte Vorträge, von denen jedermann etwas war. Kieferweters Entlassung wurde schließlich von ihm selber durch eine ganz gewöhnliche Ver- und Entführungsgeschichte herbeigeführt, so daß die Polizei ihn nur als Betrugschwindler zu greifen brauchte. Urteil: zwei Jahre Kerker.

Verstörter Raubanschlag auf einen D-Bug bei Duisburg.

Folgende kann glaublich, wie ein Filmstück anmutende Bildwerk-Melbung kommt aus Düsseldorf: Gestern abend wurde auf den D-Bug Düsseldorf-Duisburg kurz vor der Einfahrt in Duisburg (1) ein Anschlag verübt. Bahnwärter hatten das Signal auf Halt gestellt, um den D-Bug zum Stehen zu bringen. Durch die Aufmerksamkeit eines Blockwärters wurde der Anschlag vereitelt. Herbeigeeilte Polizeibeamte wurden in ein Feuergefecht mit den Bahnwärtern verwickelt, nach dem ein Mann am Latort schwer verwundet vorgefunden und festgenommen wurde.

Bankraub am hellen Tage.

Gestern vormittag erschien in der Villa der Drehsener Bank am Reichsplatz in Berlin ein etwa 20 Jahre alter Burche mit einer vorgebundenen schwarzen Maske und verlangte von dem Bankvorsteher, den er mit einem Revolver bedrohte, binnen 5 Minuten die Herausgabe von 100 000 Mark. Der Bankvorsteher wandte ein, er müsse sich in den Vortraum begeben, um das Geld zu holen. In diesem Augenblick schlug ein Bankdiener dem Räuber die Pistole zur Seite. Bei der Verfolgung feuerte der Burche hinter einander acht Schüsse auf seine Verfolger ab, durch die ein Polizeiwachmeister am Oberschloß getroffen wurde. Ein zweiter hinzukommender Polizeibeamter verfolgte den Räuber auf einem Rade und streckte ihn durch einen Schuß zu Boden. Der Burche wurde als Polizeigefangener dem Krankenhaus zugeführt.

Schiffuntergang im Kanal. Der Dampfer „Albert Lailandier“ erlitt bei hohem Seegang im Kanal nordwestlich von Eut Ness Schiffbruch. Das Schiff war mit einer Kohlenladung auf der Fahrt von Rotterdam nach Brest begriffen. Die Besatzung bestand aus zwelindrehlig Mann, von denen nur einer, ein Bootmannsmaat, von dem griechischen Dampfer „Pelagie“ gerettet wurde. Das Schiff sank in wenigen Minuten.

Die Kindesleiche im Trinkbrunnen. In Silberbach wurde die in ein Tuch eingewickelte Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts in einem öffentlichen Trinkwasserbrunnen aufgefunden, woselbst sie nach ärztlichem Sachverständigenurteil mindestens sechs Wochen gelegen hat. Zahlreiche Dorfbewohner, welche das Brunnenwasser abnormlos benutzt und genossen haben, sind infolge des Stes über die Frevelthat heftig erkrankt.

Hundert Stunden Schneefall im Schwarzwald. Seit den Ostertagen fällt in den höheren Lagen des gesamten Schwarzwaldes ununterbrochen Schnee. Im Gebiete des 1500 Meter hohen Feldberges dauerte der Schneefall schon über hundert Stunden hintereinander an, und die durchschnittliche Schneehöhe auf den Berggipfeln ist stellenweise bis eineinhalb Meter gestiegen. In den Ost- und Nordhängen lagern noch zwei bis drei Meter hohe, stellenweise sogar bis zu fünf Meter hohe Schneemassen. Derartige Schneemassen hat man in dieser Jahreszeit noch nicht gesehen.

Das Testament der Schwwestern Blazel macht sowohl Nerzen wie Rechtsgelehrten in Chicago, wo die Zwillinge starben, noch immer arge Kopfschmerzen. Es ist die Frage zu entscheiden, ob wirklich nur Rosa als Mutter des Knaben zu betrachten oder ob nicht Josefa in gewisser Hinsicht als seine Mutter anzusehen ist. „Wissenschaftlich betrachtet“, erklärte der berühmte Chirurg Dr. C. W. Briggs, „ist der Gesamtorganismus der beiden Zwillinge ein einziger. Obwohl das Kind zweifelslos von Rosa geboren wurde, ist doch auch Josefa an der Geburt beteiligt, und es ist bekannt, daß sie das Kind von Anfang an mit genährt hat. Beide nannten es stets „unser Junge“, und beide hegen zu ihm eine mütterliche Liebe und sahen sich als seine Mutter an. Die Tatsache, daß Josefa ebenso wie Rosa imstande war, das Kind nach der Geburt zu nähren, beweist die enge Zusammengehörigkeit ihres Organismus“. Der Rechtsanwalt der verstorbenen Zwillinge, John Traska, der vergeblich versuchte, Josefa noch in den letzten Stunden zu einem Testament zu veranlassen, erklärt, daß der Fall in der Rechtsgeschichte beispiellos sei, und daß es der Entscheidung eines Gerichtshofes bedürfe, um festzustellen, ob Franz nur der Sohn Josefas oder beider Schwwestern sei.

Hotelbrand in Washington. In dem neuen Willard-Hotel in Washington brach in dem im 12. Stockwerk befindlichen Ballsaal ein großes Schandfeuer aus, das die drei obersten Stockwerke schwer in Mitleidenschaft zog. Tausende von Hotelgästen mußten beim Ausbruch des Feuers Hals über Kopf flüchten. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Veranstaltungs-Anzeiger

Berein Arbeiter-Jugend Danzig.
Heute, Freitag, abend 7 Uhr im Heim: Probe zur Mat-feler.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Gelungsmonteur. Freitag, den 28., abends 6 Uhr, Maurerherberge, kleiner Saal: Branchenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Klempner. Freitag, den 28., abends 7 Uhr, Maurerherberge, kleiner Saal: Branchenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Elektriker. Sonnabend, den 29., abds. 7 1/2 Uhr, Maurerherberge: Branchenversammlung.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.
Freitag, den 28. April, abends 8 Uhr, Bäckergelellens-versammlung in der Maurerherberge, Schiffsdam 28. Sonnabend, den 29., abends 5 Uhr, Hebelplatz 1/2. Zimmer 70: Versammlung der Süßwarenbranche.

Turverein „Freiheit“, Heubude.
Sonnabend, den 29. April, abends 7 Uhr: Mitglieder-versammlung im Hotel Albrecht.

Danziger Nachrichten.

Der bürgerliche Scheinkampf gegen die Teuerung Was tut not?

Auf der Tagesordnung der heutigen Volksstagsitzung steht nun endlich der Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Beratung der bürgerlichen Teuerungsbekämpfung. So fragwürdig diese Interpellation von den Kreisen, die selbst die Teuerung verschuldet haben, an sich bereits ist, so fragwürdig sind die von uns bereits kritisierten Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit des Wirtschaftsausschusses. Eine grundlegende Maßnahme ist von diesen unzulänglichen Maßnahmen nicht zu erwarten. Die bürgerlichen Parteien können sich eben nicht dazu aufschwingen, aus dem katastrophalen Bankrott der freien Wirtschaftspolitik die Konsequenzen zu ziehen und das Wirtschaftsleben statt im Profitstreben der Interessenten vollends zugrunde richten zu lassen, nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln. Mit Hilfe von Palliativmitteln versucht man das profitkapitalistische Teuerungsgespenst zu bannen und die Bevölkerung über die Notwendigkeit der Umstellung unserer Wirtschaftsordnung hinwegzutäuschen. Diesem und keinem anderen Zweck dient, nachdem die Teuerungsbekämpfung der bürgerlichen Parteien so lässlich verhandelt ist (auch versanden mußte, wenn die bürgerlichen Profitpolitiker nicht den eigenen, Akt abzulegen wollten, auf dem sie sitzen), nun ein neuer von bürgerlichen Gewerkschaften unternommener Vorstoß. Wie gemeldet wird, haben bürgerliche Gewerkschaftsvertreter mit dem Senat über Maßnahmen zur angeblichen Bekämpfung der Teuerung verhandelt. Diese Tatsache ist in erster Linie deswegen interessant, da sie zeigt, wie groß die Empörung auch der Anhänger der bürgerlichen Parteien über die zum größten Teile durch die freie Wirtschaft hervorgerufenen Zustände auf dem Lebensmittel- und Warenmarkt bereits ist. Denn die Führer der bürgerlichen Gewerkschaften sehen in dem jetzigen Profitstreben der Produzenten und Händler bekanntlich die ideale Wirtschaftsaufbau, die mit allen Mitteln gegen sozialistische Bestrebungen verteidigt werden müsse. Wenn sie nun Maßnahmen gegen das „freie Spiel der Kräfte“ verlangen, so entweder nur in der endlichen Einsicht, daß die jetzige Wirtschaftsweise geändert werden muß, oder um ihren ausgebeuteten Anhängern Gaud in die Augen zu streuen.

Und auf etwas anderes laufen die Vorschläge der bürgerlichen Gewerkschaften in Wirklichkeit nicht hinaus. Sie sind ebenso unzulänglich wie die Beschlüsse, die die bürgerliche Mehrheit des Wirtschaftsausschusses gefaßt hat. Der größte Teil der Vorschläge betrifft im wesentlichen nur eine eigentümlich selbstverständliche bessere Handhabung der städtischen Lebensmittel- und Bedarfsartikel-Ausgabe. Da wo es Vorschläge zu wirklichen Bekämpfung der Teuerung zu machen gilt, beschränkt sich die bürgerliche Eingabe auf die bisherigen landläufigen Rezepte der bürgerlichen Parteien und der Weisheit letzter Schluss ist die Anpassung der Gehälter und Löhne an die Teuerung. Dieses unzulängliche Mittel wird nun schon seit Jahren gekaut, ohne daß die arbeitende Bevölkerung einen Schritt weiter dabei gekommen ist. Im Gegenteil verelendet sie dabei immer mehr und die Industrie hat durch ihren Vertreter Prof. Nos im Volksstag erst kürzlich erklären lassen, daß die Lohnhöhe auch ihre Grenze an der Konkurrenzfähigkeit der Danziger Industrie finde. Und tatsächlich gibt es in dieser Teuerungshausse, wenn sie nicht die Bevölkerung und Wirtschaft unter sich begraben soll, keinen anderen Ausweg als dem Profitstreben der Produzenten und Händler ein Ziel zu setzen. Davon wollen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer in ihrer Eingabe nichts wissen und lassen jeden Vorschlag fehlen. Von einer Beschränkung der Minderpreise für die wichtigsten Lebensmittel ist keine Rede, ebensowenig von gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen, um von Grund auf Wandel zu schaffen. Es ist dabei durchaus keine Zwangswirtschaft in der bisherigen Form notwendig, wie wir es vor kurzer Zeit eingehend auseinandergesetzt haben. Aber weder die bürgerlichen Parteien noch ihre Gewerkschaften wollen ernstlich eine Besserung der wirtschaftlichen Zustände. Für sie ist das Wetterbestehen der profitkapitalistischen Wirtschaftsaufbau eine Lebensfrage. Für die werktätige Bevölkerung gibt es jedoch nur einen Ausweg aus den jetzigen wirtschaftlichen Zuständen, das ist der Kampf für den Sozialismus, durch machtvollen Zusammenschluß in der Partei, Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft.

Die Mäckerpreise für Milch

sind von uns schon wiederholt als unberechtigt nachgewiesen worden. In den Verhältnissen sind derzeit hohe Milchpreise nicht begründet. Lediglich die Profitgier ist die Ursache der fortwährenden Preissteigerungen. Das wird selbst von Milchhändlern bestätigt. So erklärte der Milchhändler Funz in einer Versammlung des Mittelstandsbundes die hohen Milchpreise als völlig unberechtigt. Im Freistaat gebe es 97 Molkereien, welche gegenwärtig etwa 150 000 Liter Milch zu liefern imstande seien, während in der Stadt Danzig wegen des hohen Preises nur 30 000—35 000 Liter verbraucht werden. Danzig habe nicht nötig, aus Pommerellen teure Milch zu beziehen. In Danzig habe sich eine Butternotierungskommission gebildet, die wöchentlich Milchpreise festsetze.

Der Rückgang des Milchverbrauchs infolge des hohen Preises bleibt nicht ohne schädliche Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die unberechtigten hohen Milchpreise sind schon deshalb zu verurteilen, weil dadurch die Ernährung der Säuglinge und Kleinkinder stark verschlechtert wird. Zum mindesten müßte die Milch für Säuglinge zu einem erschwinglichen Preise stehergestellt werden. Die Einführung von Höchstpreisen für Säuglingsmilch ist ein dringendes Erfordernis im Interesse eines gesunden Nachwuchses.

Der heutigen Volksstagsitzung liegt folgende Tagesordnung vor: Erste, zweite und dritte Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Erhöhung der Frachttarife im Güter- und Tierverkehr; zweite Beratung eines Umsatz- und Luxussteuergesetzes; zweite und dritte Beratung eines Gesetzesentwurfs zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung; erste Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Änderung in den Dienstbezügen der unmittelbaren Staatsbeamten; Schlussabstimmung über das Gesetz betr. Änderung der Verfassung; zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Errichtung einer Landwirtschafts-

kammer; Bericht des Wirtschaftsausschusses betr. Teuerung der Lebensmittel; Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten über den Antrag des Hrn. Drüll und Weniger auf Anstellung von Hauptkontrolloren aus dem Arbeiterstande; zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs über die Pfandbesetzung von Gebäuden und Wohnungen.

Die Gefahren des Munitionslagers.

Bedrohung der Betriebe und der Arbeiterschaft.

Der Verband der Metallindustriellen Danzigs hat an den Senat eine Eingabe gerichtet, in der der Senat aufgefordert wird, unter allen Umständen gegen die Errichtung des Munitionslagers einzutreten, wonach die Polen auf dem Holm ein Munitionslager errichten können, auf das energische Einspruch einzulegen. Die Errichtung eines Munitionslagerplatzes an dieser Stelle bedeutete eine derartige Gefährdung der Betriebe, die fast alle im Gefahrenbereich liegen, daß ihre Aufrechterhaltung unter diesen Umständen in Frage gestellt wäre. Eine Explosion, die nach den jüngsten Erfahrungen sehr leicht eintreten könnte, würde das Leben von Tausenden von Arbeitern gefährden und unersehbare Werte vernichten. Weder Oberkommissar noch Völkerrundrat werden die in dieser Eingabe ausgelegten Gefahren, die neben allen anderen wohl am eindrucksvollsten gegen die Errichtung eines polnischen Munitionslagerplatzes auf dem Holm sprechen, übergehen dürfen. Die Verantwortung für diese drohenden Gefahren wird der Völkerrundrat unumgänglich übernehmen können und wir glauben, daß auch der Oberkommissar angesichts der täglichen Bedrohung des Lebens tausender Arbeiter noch rechtzeitig zu einer anderen Auffassung, als sie in seiner Entscheidung niedergelegt ist, kommen wird. Angesichts all der Gefahren, die Danzigs Bevölkerung, Hafen und Industrie bedrohen, kann die Entscheidung weder von ihm noch vom Völkerrundrat aufrechterhalten werden.

Reiztente Arbeitgeber.

Der Widerstand gegen den Demobilisierungsausschuss.

Der Demobilisierungsausschuss hat die Firma Klawitter aufgefordert, ein Verzeichnis ihrer Arbeitnehmer einzureichen. Die Firma schaute bekanntlich die Einreichung ab. Der Demobilisierungsausschuss stellte darauf Strafantrag. Das Schöffengericht sprach die Firma frei. Da diese Beispiele gute Sitten verderben, folgten weitere Firmen diesem Beispiel. Die Sache wurde nun grundsätzlich bis zum Obergericht durchgeschleift und dieses hat nun Entscheidungen gefällt.

Eine Firma lehnte die Einreichung des Verzeichnisses ausdrücklich ab, unter Hinweis auf die Entscheidung des Verzeichnisses in Sachen Klawitter. In der Revisionsinstanz machte der Verzeiger geltend, daß nicht nur ein Verzeichnis der Arbeitnehmer gefordert worden sei, sondern von jedem genauen Personallisten, die nicht einfach zu beschaffen gewesen wären. Das Obergericht entschied dahin: Das Urteil in Sachen Klawitter ist nicht haltbar und würde aufgehoben werden, wenn es vor das Obergericht gekommen wäre: Es darf sich jetzt also niemand mehr auf dies Urteil berufen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Demobilisierungsausschuss jede Auskunft über die Arbeitnehmer zu geben, die der Zweck erfordert. Wie weit diese Auskunft erforderlich ist, entscheidet die Verwaltung. Wenn diese in ihren Anforderungen zu weit geht, dann bleibt die Vorstellung und Beschwerde beim Senat usw. offen. Der Angeklagte hat aber erklärt, er hält sich nicht für verpflichtet, das Verzeichnis einzureichen, weil die Entscheidung in Sachen Klawitter ergangen ist. Es bleibt also noch zu prüfen, ob hier ein entschuldigbarer Irrtum vorliegt. Nur aus diesem Grunde wurde diese Sache an die Strafkammer zurückverwiesen.

In einem zweiten ähnlichen Falle hatte die Verfassungsstrafkammer den Angeklagten freigesprochen, weil er sich infolge des Urteils in Sachen Klawitter in einem entschuldigbaren Irrtum befunden habe. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Das Obergericht verwarf die Revision, weil der Angeklagte sich auf eine Auskunft seines Rechtsanwalts verlassen hatte und sich somit in einem entschuldigbaren Irrtum befunden habe.

In einem weiteren Falle weigerte sich eine Firma eine Auskunftserteilung zu erteilen. Die Firma wurde freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Das Obergericht entschied dahin: Die Frau war vor dem Kriege erwerbstätig und darf es auch jetzt sein, wenn sie auf Erwerb angewiesen ist. Dies ist festgestellt worden, obwohl sie verheiratet ist. Die Revision war somit zu verwerfen.

Philosophische und juristische Vorlesungen in der Technischen Hochschule. Im Sommersemester 1922 wird Professor Henning in der Technischen Hochschule folgende Vorlesungen abhalten: Einleitung in die Philosophie. Mittwoch von 6—7 Uhr im Hörsaal 101. Beginn Mittwoch, den 3. Mai. Philosophische Gegenwartsfragen. Freitag von 6—7 Uhr im Hörsaal 101. Beginn Freitag, den 5. Mai. Einführung in die experimentelle Psychologie mit Demonstrationen und Versuchen. Dienstag und Freitag von 5 bis 6 Uhr im Hörsaal 101. Beginn Freitag, den 5. Mai. Die neuen pädagogisch-psychologischen Probleme. Dienstag von 6—7 Uhr im Hörsaal 101. Beginn Dienstag, den 9. Mai. — Amtsgerichtsrat Dr. Poening wird folgende Vorlesungen halten: Grundzüge des Gewerkerrechts. Dienstag von 5—7 Uhr, Hörsaal 101. Beginn 2. Mai. Das Baugesetz in Gesetzgebung und Verwaltung. Freitag von 8—4 Uhr, Hörsaal Nr. 104. Beginn: 5. Mai. Einführung in die Rechtskunde und das Gerichtswesen. Donnerstags von 6—8 Uhr. Hörsaal 104. Beginn 4. Mai.

Weibliche Lebensmüdigkeit. Eine wenig friedliche Auseinandersetzung am Fahrkartenschalter fand ihren Abschluß vor dem Schöffengericht. Eine Dame hatte sich wegen Verleumdung einer Schalterbeamtin zu verantworten. Die Dame wollte am 27. Dezember mit der Bahn nach Poppot fahren und verlangte am Schalter eine Rückfahrkarte. Sie erhielt aber nur eine einfache Karte. Die Dame war nun empört und sagte zu der Beamtin: Sperren Sie Ihre Ohren auf, Sie dämliches Rindvieh. Die Dame meinte nun allerdings, daß sie sich ein wenig freundlicher ausgedrückt habe, indem sie nur sagte: dummes Gestell. Tatsächlich war jede Ausrede überflüssig und unberechtigt gewesen. Die Beamtin gab die einfache Karte deshalb, weil dies im Interesse der Dame lag. Die Fahrt am Wochentage war so billiger. Das Gericht verurteilte die Dame wegen öffentlicher Verleumdung auf 200 Mark Geldstrafe und Verböschungsbekanntnis.

Beschränkung der Kinderbeihilfen für Beamte und Pensionäre.

Die Fürsorgebehörde beim Deutschen Generalkonsulat teilt mit:

Das Recht auf den Bezug der Kinderbeihilfen für Beamte und Pensionäre sowie deren Hinterbliebene hat nach dem Gesetz vom 31. März 1922 eine grundsätzliche Änderung erfahren insofern, als es sich um Kinder über 14 Jahre handelt. Nach dem Gesetz vom 31. März 1922 darf die Kinderzulage für Kinder über 14 Jahre bis zum 31. Lebensjahr vom 1. April 1922 ab nur dann noch gezahlt werden, wenn das betreffende Kind sich in der Schulausbildung oder in einer Ausbildung für einen solchen künftigen Lebensberuf befindet, der gegen Entgelt ausgeübt werden soll. Soweit Kinder in Schul- und Berufsausbildung sich nicht befinden, darf die Kinderbeihilfe in Zukunft nur gezahlt werden, wenn das Kind wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd erwerbsunfähig ist. Diese Regelung entspricht gegenüber dem bisherigen Zustand eine ganz erhebliche Einschränkung. Aus der neuen Regelung folgt, daß die Kinderbeihilfe für Kinder über 14 Jahre nicht mehr zahlbar ist für Kinder, die einen Beruf bereits ausüben oder die ohne Berufs- und Schulausbildung sind oder einen Beruf erlernen, der ohne Entgelt in der Zukunft ausgeübt werden soll. Jedem einzelnen Beamten und Pensionär, der bisher Kinderbeihilfen für Kinder über 14 Jahre bezogen hat, wird eine Formularanfrage für die Prüfung und Bewilligung der Kinderbeihilfen zugehen. Wenn ein Empfänger glaubt auf die Kinderbeihilfe Anspruch zu haben, ist nur nötig, das Formular unter Befolgung genauerer Bestimmungen der Schule oder des Arbeitgebers einzureichen. In der Befolgung muß der Arbeitgeber genau angeben, daß das Kind tatsächlich die Schule besucht oder den Beruf erlernt und möglichst beschreiben, für welche Dauer die Schulausbildung oder die Berufsausbildung in Aussicht genommen ist. Mündliche Mitteilungen bei den Kassen oder Anweisungstellen sind danach überflüssig und erschweren den Umrechnungs- und Zahlbetrieb außerordentlich.

Dampferarbeiten bei Strohbelt. Die Schiffsbrederei Walford beschäftigt, in der Loten Wechsel bei Strohbelt einen Verladehafen für Holztransporte einzurichten, der auch von größeren Schiffen ansaucht werden kann. 2 Bagger und einige Dampfmaschinen sind zu diesem Zweck in Tätigkeit gesetzt worden. Der Dampfer „Fahner“ von der Schiffswerft Danzig-Krajan stellt eine Fahrtrinne von 250 Meter Tiefe her. Ein Spill- und Saugbagger der gleichen Schiffswerft entleert die gefüllten Baggerprähme durch Spülrohre. Die Dampfmaschinen sind mit Uferbefestigungsarbeiten beschäftigt.

Polizeibericht vom 28. April 1922. Festgenommen: 15 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Brandstiftung, 1 zur Bestrafung aufgegeben, 8 in Volkshaft. Obdachlos: 2 Personen.

Bermischtes.

Die Schrift am Himmel. Seit dem Kriege hat man in England Versuche angestellt, Flugzeuge mit Rauch Wörter an den Himmel schreiben zu lassen und, wie es heißt, sollen diese Versuche auch Erfolg gehabt haben. Die so hergestellten Mitteilungen sollen ihre Form drei bis zehn Minuten lang bewahrt haben, in einem Falle sollen sie sogar 40 Minuten lang lesbar gewesen sein. Der militärische Wert solcher Zeichen ist unbefriedigend, da sie von einer langen Front gleichzeitig abgelesen werden können. Augenscheinlich bietet sich auch der Neklame ein neues Feld der Betätigung und dem Finanzminister eine neue Steuerquelle. Vorausgesetzt, daß diese reichlich phantastische Meldung zutrifft.

Vom Meere bedrohte Dörfer. An der italienischen Küste des Mitteländischen Meeres, besonders in der Gegend von Pisa, beginnt das Meer aufsteigend zu steigen; es hat schon einen beträchtlichen Streifen Landes zurückgeworfen, der seit Jahrhunderten von keiner Welle mehr bespült wurde. In einem einzigen Tage rückte es nämlich mehr als 200 Meter vor; das Dorf Ceina ist getroffen von den Fluten bedroht. Schon werden Maßregeln ergriffen, die Dörfer der Umgebung zu räumen. Wenn das Meer noch weiter vordringt, droht auch die wichtige Bahnlinie Genua—Rom überschwemmt zu werden.

Kampf auf Leben und Tod in einem Affentisch. Aus Toledo wird gemeldet: „Toni“, der größte in Gefangenschaft lebende Affe im Walbridge-Park mußte erschossen werden, weil er seinen langjährigen Wärter Louis Scherer fast zerrissen hat. Der Wärter, der schwer verletzt wurde, liegt im Sterben. Der Affe war schon seit einigen Tagen mürblich. Plötzlich überfiel er den Wärter im Käfig. Ein anderer Wärter eilte hinzu, konnte aber nicht helfen, weil der Affe und der Wärter miteinander rangen. Als der Affe endlich sein Opfer bewußtlos zu Boden geschleudert hatte, und von ihm abließ, konnte er erschossen werden.

Die Feuerbestattung in Japan. In Osaka ist das erste mit einem elektrischen Verbrennungssystem ausgestattete Krematorium Japans erbaut worden. Es wird der öffentlichen Benutzung zugeführt.

Standesamt vom 28. April 1922.

Todesfälle: Witwe Amanda Ehler geb. Zeugtraeger, 78 J. 8 M. — S. d. Dseniebers Max Balowski, 3 Tage. — E. d. Landmirts Franz Wiens, 6 W. — S. d. verstorbenen Tischlers Max Maglich, 1 J. — Witwe Rosalie Davidsohn geb. Neumann, 81 J. 5 M. — Witwe Florentine Kremak geb. Delowski, 82 J. 1 M. —

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	6,96	am Vortage	6,96
Amer. Dollar :	278	"	274
Englisches Pfund:	1250	"	1230

Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häbergasse 3.

